



Reservistenverband
Beauftragter Sicherheitspolitik
Bezirksgruppe Münster
Jürgen Dreifke
Manfred-v.-Richthofen-Str.8-20
48145 Münster
0251-391508
p.: 0163-1418005
p.: jd300@email.de

**Liebe Leser, liebe Kameraden,
Frieden um jeden Preis? Ein Kommentar zur Diskussion in Deutschland.**

Nach der kurzen Schockstarre unmittelbar nach dem russischen Angriff auf die Ukraine beginnt die deutsche Solidarität und Festigkeit zu bröckeln. Laut Demoskopie werden Waffenlieferungen an die Ukraine je zur Hälfte der Befragten befürwortet oder abgelehnt. Neben einer nicht zu unterschätzenden Putin-Klientel in der Bevölkerung, mischen sich vom russischen Machthaber gezielt geschürte Atomängste mit der Sorge um den Verlust von Wohlstand auf der Grundlage billiger Energie und die in einigen Kreisen tief verwurzelte Aversion gegen alles Militärische.

Viel Aufsehen erregte der offene Brief einer Gruppe von Intellektuellen an Olaf Scholz, welche mit den Waffenlieferungen die Gefahr der Eskalation zum III. Weltkrieg befürchten. Zwar wird die Aggression verurteilt und der Widerstand gegen den Angreifer grundsätzlich gebilligt, aber nicht um den Preis eines großen Krieges. Gefordert wird ein schnelles Ende durch einen Kompromiss, das Ende der Rüstungsspirale, eine gerechte Weltordnung nach europäischem Vorbild und mehr Fokus auf Gesundheit und Klima.

Auffallend ist, dass der mit ethischen Motiven begründete Brief unter den Erstunterzeichnern keinen in Verantwortung stehenden Vertreter des politischen Lebens verzeichnet. In der öffentlichen Diskussion wurde das Schreiben vor allem an der politischen Realität gemessen und heftig kritisiert. Man kann hinterfragen, ob Putin unter den noch immer gültigen Zwängen der nuklearen Abschreckung das Risiko eines kollektiven Selbstmords eingehen würde. In Afghanistan und Vietnam haben auch Nuklearmächte nach ihrem Scheitern keinen Atomkrieg begonnen. Alle diplomatischen Bemühungen waren im Vorfeld ergebnislos. Soll man den zahlreichen Autokraten, denen die Bedenken der Unterzeichner völlig fremd wären, das Feld überlassen?

Gerade wir sollten die alte Kontroverse um den Frieden als absolut höchstes Gut, auch um den Preis von Freiheit und Gerechtigkeit, wieder führen. Dazu gehört militärische Faktenkenntnis. Vor 40 Jahren mussten wir unser Votum für Verteidigung gegenüber der Parole „Lieber rot, als tot!“ begründen.

Der öffentliche Lärm in Deutschland um wenige, meist ältere „schwere Waffen“ steht in keinem Verhältnis zum militärischen Nutzen für den ukrainischen Widerstand. Eine wirksamere Hilfe wären wahrscheinlich die in der Bundeswehr verfügbaren Artillerieaufklärungsradare COBRA und KZO-Aufklärungsdrohnen in Kombination mit Raketenartilleriesystemen MARS II, um der gnadenlosen Beschießung ukrainischer Städte etwas Paroli zu bieten. Hier könnten auch die USA liefern. Da müsste die Bundeswehr aber wohl auf eine Fähigkeit ganz verzichten und es gäbe noch mehr Besorgnis, weil die Raketenartillerie mehr noch als die anfälligen Panzer als eigentliche russische Trumpfkarte der Einschüchterung gilt, die Putin nicht aus der Hand geben möchte. (Jürgen Dreifke 9.5.2022)



Hintergrund : „Schwere Waffen“ für die Ukraine

Nachdem jahrzehntelang die Politik und Öffentlichkeit wenig davon wissen wollten, sind sie nun in aller Munde: PANZERHAUBITZE 2000, Flak-Panzer GEPARD und Schützenpanzer MARDER als mögliche Waffenhilfe für die Ukraine, um sich gegenüber den russischen Streitkräften zu behaupten. Von den genannten Systemen ist die ab 1998 in die Artillerie des Heeres mit 185 Exemplaren eingeführte **PANZERHAUBITZE 2000** das jüngste. Die PH 2000 mit dem Standardkaliber 155 mm löste in der Division und in den Brigaden die zahlreichen M 109 G und auch die erst in den 70er Jahren eingeführten gezogenen FELDHAUBITZEN 70 ab. Starke Motorleistung und Panzerung sowie Automatisierung der Vermessung und des Ladevorgangs verleihen dem Geschütz eine schnelle Feuerbereitschaft, hohe geschützte Mobilität bei Stellungswechseln und schnelle Feuerfolge mit einer Kampffernung von ca. 40 km mit neuen Munitionsarten. Die Bundeswehr setzt die PH 2000 in insg. neun Batterien à 8 Rohren in den verbliebenen vier gemischten Artilleriebataillonen ein. Zusammen mit einer Umlaufreserve, Ausbildungsgerät und abgestellten Systemen dürfte der Gesamtbestand noch ca. 120 Fahrzeuge umfassen. Wenn die Artillerie künftig wieder auf neun Bataillone aufwachsen soll, besteht hoher Bedarf, wobei als zweites System auch noch etwa 40 Raketenwerfer MARS II in den Bataillonen im Einsatz sind. Diese können mit neuer Präzisionsmunition Einzelziele in bis zu 80 km Entfernung bekämpfen und auch gegen aufgeklärte Rohr- und Raketenartillerie wirken. Zurzeit betreibt die Bundeswehr vier Batterien. Das Heer erwägt eine Aufstockung der Panzerartillerie durch 155 mm Haubitzen auf der Basis des Radpanzer BOXER als Teil der geplanten mittleren Kräfte.



Ehemaliges PzArtBtl 215 in Augustdorf 2008

Was man nicht vergessen sollte: gerade bei der Artillerie hängt der Einsatzwert der Einzelsysteme von einem wirksamen Verbund von Aufklärung und Feuerleitung ab. Ohne Beobachtungsmittel wie Artillerieradare, Drohnen, Beobachter und eine vernetzte Waffeneinsatzführung kann die PH 2000 nicht wirken. Darüber schweigen die neuen „Waffenexperten“, diskutieren allenfalls Probleme bei der Ausbildung und Materialerhaltung.

Der Flugabwehrpanzer **GEPARD** kam Ende der 70er Jahre mit 432 Exemplaren in die Bundeswehr und wurde auch vom niederländischen und belgischen Heer genutzt. Ein relativ schwerer Turm auf dem Fahrgestell des LEOPARD 1 führte zwei 35-mm Maschinenkanonen schweizerischer Herkunft, eine Radaranlage und elektronische Feuerleitung zur Bekämpfung von Hubschraubern und Tieffliegern in ca. 5 km Entfernung. Der GEPARD wurde in 11 Flugabwehrregimentern der Divisionen eingesetzt. Am Schluss waren noch 90 GEPARD im Einsatz, die 2011/2 vorzeitig außer Dienst gestellt wurden und damit das Ende der Heeresflugabwehr besiegelten. Ausschlaggebend waren die relativ hohen Kosten für Materialerhaltung, Ausbildung und die immer wieder erforderlichen Modernisierungsmaßnahmen in den Jahren der Finanzkrise - neben der sehr optimistischen politischen Lagebewertung.



Eine Restbefähigung sollte die Luftwaffe mit wenigen leichten Raketenflugabwehrpanzern OZELOT und stationären Kanonensystemen MANTIS aufrechterhalten. Ein Nachfolgesystem für die Nahbereichsflugabwehr des Heeres will man nun im Rahmen der Artillerie entwickeln, da diese auch entsprechende Strukturen für die unabdingbare Luftraumaufklärung anbieten kann. Da dürften Schnellfeuerkanonen in Kombination mit Raketen auf Radpanzern eine Rolle spielen. Möglicherweise fiel die Wahl auf 50 bei der Industrie abgestellte GEPARD für die Ukraine, weil er als ein defensives System gilt und weniger bekannt ist, dass seine 35 mm - Maschinenkanonen mit entsprechender Munition auch im Erdkampf hohe Wirkung entfalten. Im Heer galt die Ausbildung der Richtschützen des GEPARD allerdings als sehr anspruchsvoll und zeitaufwendig. Eine weitere Hürde ist die Beschaffung der in der Bundeswehr nicht mehr vorhandenen Munition, die wegen ihrer schweizerischen Herkunft nicht für die Ukraine nachbeschafft werden kann. GEPARD sind noch in Rumänien, Brasilien und Jordanien in Gebrauch. Ob die Feuerleitsysteme nach 11 Jahren Abstellung noch den Ansprüchen genügen, mag man auch bezweifeln.



Die Fotos zeigen einen GEPARD des ehemaligen HFlaRgt 7 aus Borken bei einer NATO-Übung im Münsterland 1982 und einen MARDER des ehemaligen PzGrenBtl 192 aus Ahlen bei einer Vorführung in Handorf 2005.

Als Senior unter den Systemen kann sicher der Schützenpanzer **MARDER** gelten, der ab 1971 in relativ kurzer Zeit in 2100 Exemplaren bei den Panzergrenadierbataillonen eingeführt wurde. Er ist immer noch bei vier von neun Bataillonen im Einsatz und soll in ca. 390 Exemplaren noch im Bestand der Bundeswehr sein. Der Buchbestand überschreitet den Bedarf, aber als Argument gegen eine Abgabe wird die Notwendigkeit einer Reserve für NATO - Verpflichtungen angeführt. Die Firma Rheinmetall arbeitet schon an der zügigen Aufarbeitung. Sicher spielt dabei auch eine Rolle, dass die Masse der 350 neuen Schützenpanzer PUMA noch eine Einsatzreifmachung durchlaufen müssen und noch nicht voll einsatzfähig sind. Die Nachfolgefrage MARDER ist trotz des Sondervermögens noch offen, da neben einem zweiten Los von 226 Schützenpanzern PUMA noch eine Version des Radpanzers BOXER mit Maschinenkanonenturm für die neuen mittleren Kräfte in der Überlegung ist.

Auch wenn für Militärtaktiker eine Trennung von defensiven und offensiven Systemen immer fragwürdig ist, hat der MARDER in einer aufgeschreckten pazifistischen Gesellschaft, die sich nun unerwartet mit dem Phänomen des Krieges auseinandersetzen muss, schlechtere Karten für den Export. So schweigt man auch über die Lieferung von 88 abgestellten alten LEOPARD I. Schützenpanzern und Kampfpanzern haftet ein offensiver Makel an, den man als Provokation Putins empfinden könnte. Für die Ukraine wären die MARDER sicher schon als geschützte Transportfahrzeuge von Interesse, unabhängig von der Maschinenkanone mit dem im Osten unüblichen Kaliber 20 mm.



Die Zivil-Militärische-Zusammenarbeit

Der Begriff Zivil-Militärische Zusammenarbeit (ZMZ) beschreibt das Zusammenwirken von staatlichen oder nichtstaatlichen zivilen Organisationen mit den Streitkräften im Bereich der Bündnis- und Landesverteidigung, in der Gefahrenabwehr, bei Hilfeleistungen im Katastrophenfall oder bei Auslandseinsätzen der Streitkräfte im Rahmen von Stabilisierungsoperationen oder humanitären Hilfseinsätzen.

Der Bereich ZMZ gehört zur Territorialen Reserve und wird vom Kommando Territoriale Aufgaben der Bundeswehr (Kdo TA) geführt. Dieses wiederum untersteht der Streitkräftebasis, deren Kommandeur der oberste territoriale Befehlshaber ist. ZMZ ist eine nationale Aufgabe auf verschiedenen Ebenen. Auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte hält die Bundeswehr für den Fall von Krisen und Katastrophen als Ansprechpartner sogenannte Kreisverbindungskommandos (KVK) vor, bundesweit 415. Diese sind mit dafür eingeplanten beordneten Reservisten besetzt. Diese werden im Bedarfsfall auf Anforderung des betroffenen Landkreises aktiviert.

Im Krisen- oder Katastrophenfall bildet die betroffene Behörde einen Krisenstab, dem die Mitarbeiter der betroffenen Ressorts angehören. Dazu kommen die Vertreter von Feuerwehr und Polizei und, soweit Gesundheit und Leben von Menschen betroffen sind, Vertreter von Hilfsorganisationen wie DRK, Johanniter, Malteser-Hilfsdienst, ASB und anderen.

Reichen die eigenen Mittel für eine technische Hilfe nicht aus, wendet man sich in einem zweiten Schritt an die Bundesanstalt des Technischen Hilfswerks (THW). Erst wenn all diese Kräfte nicht ausreichen, die vorliegenden Probleme zu beheben, kann die Bundeswehr um Hilfeleistung angerufen werden. Dieses Vorgehen wird Subsidiaritätsprinzip genannt.

Die KVKs treten zusammen und beraten bezüglich der Einsatzmöglichkeiten und vorhandenen Ressourcen der Bundeswehr. Außerdem helfen sie oft bei der Erstellung eines sogenannten Hilfeleistungsantrages (HLA). Ein HLA wird an das zuständige Landeskommando der Bundeswehr geschickt. Dort wird ein Gesamtbild der Lage erstellt, soweit mehrere KVKs betroffen sind, beispielsweise in der Corona-Pandemie, in der Soldaten zur Nachverfolgung von Infektionsketten eingesetzt wurden. HLA und Lagebild werden an das Kommando Territoriale Aufgaben weitergeleitet, das nach Prüfung von Machbarkeit und rechtlicher Zulässigkeit den Antrag genehmigt oder ablehnt. Das Regelverfahren einer Amtshilfe hat seine rechtliche Grundlage im Artikel 35, Absatz 1 des Grundgesetzes.

Wenn man an die Flutkatastrophe im Jahr 2021 im Ahrtal denkt, dann reicht es natürlich nicht, wenn man erst zusammenkommt, einen Antrag stellt und auf die Genehmigung wartet, während Menschenleben in akuter Gefahr sind. Hier entscheidet ein militärischer Führer vor Ort über die Soforthilfe. Der „Papierkram“ wird später erledigt.

(Uwe Titau, Angehöriger des KVK Coesfeld, 06. Mai 2022)

Kontakt:

Uwe Titau
Jürgen Dreifke

titau@arcor.de
jd300@email.de

0251-216553
0163-1418005

